



Prof. Dr. Pio Baake ist Kommissarischer Leiter der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin.

Dr. Stefan Bach ist Stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Staat am DIW Berlin.

## Privatisierungen in Griechenland sollten in ein längerfristiges wettbewerbspolitisches Konzept eingebunden werden

Griechenlands Staatsfinanzen stecken in einer tiefen Krise. Drastische Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen treiben das Land in die Rezession, wodurch eine kurzfristige Haushaltskonsolidierung zusätzlich erschwert wird. Nun wollen EU und IWF Griechenland zum Verkauf von Staatsvermögen verpflichten. Auf den ersten Blick scheint hier einiges zu holen zu sein. Das griechische Staatsvermögen wird auf ungefähr 300 Milliarden Euro geschätzt. Insoweit wären die explodierenden Staatsschulden, die sich derzeit bei 330 Milliarden Euro bewegen, noch weitgehend gedeckt.

Aber kann man Staatsschulden und -vermögen im Sinne einer kaufmännischen Bilanz gegenüberstellen? Im Prinzip schon. Nur: Ebenso wie beim Privatvermögen ergibt sich der Wert des Staatsvermögens aus den Erträgen, die es erzielt, oder den öffentlichen Leistungen, die es bereitstellt. Wenn man Vermögenswerte verkauft, kann man zwar heute die Schulden abbauen. Künftig fallen aber die Erträge und Leistungen weg. Insoweit ist langfristig nicht viel gewonnen, und das berücksichtigen die Kapitalmärkte auch bei ihren Einschätzungen zur langfristigen Bonität Griechenlands. Zudem werden potentielle Investoren auf die prekäre Finanzlage Griechenlands spekulieren, um den Kaufpreis zu drücken. So liegen zurzeit die Kurse der börsennotierten griechischen Unternehmen am Boden.

Entscheidend für lohnende Privatisierungen sind volkswirtschaftliche Effizienzgewinne. Staatsunternehmen sind häufig nicht sehr effizient. Mangelnder Wettbewerbsdruck oder fehlende Anreize führen dazu, dass technologische und organisatorische Innovationen vernachlässigt werden. Im Falle Griechenlands spielt wohl auch eine Rolle, dass mit Staatsunternehmen häufig Klientelinteressen bedient werden. Widerstand der praktisch unkündbaren Beschäftigten und starke Gewerkschaften tun ihr Übriges. Solche Strukturen muss man erst einmal vorsichtig reformieren.

Zudem beeinflusst der künftige ordnungs- und wettbewerbspolitische Rahmen die Privatisierungserlöse maßgeblich. Hier eröffnet sich ein weiterer längerfristig wirksamer Zielkonflikt, den man in der aktuellen Debatte nicht unterschätzen sollte. Werden Wettbewerbspolitik und regulatorische Rahmenbedingungen an kurzfristigen Privatisierungserlösen ausgerichtet, kann dies negative Auswirkungen auf künftigen Wettbewerb und Wachstumspotentiale haben. Privatisierungen von Infrastrukturen mit dem Charakter natürlicher Monopole führen leicht zu monopolistischen Marktstrukturen und überhöhten Preisen. Gleiches gilt für bisher vor Wettbewerb geschützte Bereiche. Insoweit wirken Privatisierungen wie Steuererhöhungen, und die Investoren können sich einen Teil davon sichern, indem sie den Kaufpreis herunter handeln.

Aus politischer Sicht sind die von EU und IWF geforderten Privatisierungen richtig, da sie den Volkszorn in den Zahlerländern besänftigen und den Reformdruck auf den griechischen Staatssektor erhöhen. Um dabei überhastete Privatisierungen und Mauseheleien zu begrenzen, kann die Einrichtung einer Privatisierungsagentur nach dem Vorbild der deutschen Treuhandanstalt sinnvoll sein, auf die EU und IWF Einfluss nehmen können. Das sollte aber durch ein langfristig angelegtes ordnungs- und wettbewerbspolitisches Konzept ergänzt werden. Dies würde nicht nur mögliche Effizienzgewinne sichern. Es könnte auch dabei helfen, die politische Unterstützung für den Verkauf von Staatseigentum zu erhöhen. In dem Umfang, in dem mögliche Marktmacht und potentielle Preiserhöhungen durch klare Rahmenbedingungen begrenzt werden, verlieren auch verteilungspolitisch motivierte Argumente gegen Privatisierungen an Bedeutung.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
78. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
PD Dr. Joachim R. Frick  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sabine Fiedler  
PD Dr. Elke Holst

#### Lektorat

Prof. Dr. Christian von Hirschhausen

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.